

Wolfgang Streeck: «Die EU wird es in zwanzig Jahren so nicht mehr geben»

Dem Nationalstaat und nicht internationalen Organisationen gehöre die Zukunft, sagt der Soziologe Wolfgang Streeck. Nur hier gebe es eine demokratische Kontrollmacht.

von Thomas Isler / 12.8.2017

Interview



«Unterschiedliche Interessen»: Konferenz mit Merkel und Macron. (Brüssel, 23. Juni 2017)
(Bild: Stéphanie Lecocq/ EP)

NZZ am Sonntag: Herr Streeck, braucht es in Europa noch einzelne Nationen, oder soll die EU unsere politischen Probleme lösen?

Wolfgang Streeck: Die moderne Demokratie ist aus Konflikten erwachsen – innerhalb von Nationalstaaten. Und da hat sie bis heute ihre Heimat. Internationale Organisationen sind dagegen Expertenherrschaften. Es fehlt ihnen, was ich die plebejische Dimension der Demokratie nennen möchte.

Was meinen Sie damit?

Demokratie besteht nicht darin, dass eine gebildete Schicht nett zueinander ist und gemeinsam nach Problemlösungen sucht. Diejenigen am unteren Rand der Gesellschaft müssen ebenfalls ihre raue Stimme erheben und sagen können, was sie wollen.

Diese Möglichkeit, seine Stimme zu erheben, hat aber in Europa jüngst vor allem Probleme verursacht.

Die Probleme der einen sind die Lösungen der anderen – und umgekehrt. Man muss in einer Demokratie darüber streiten können, was überhaupt die Probleme sind.

Für Sie ist die Nation also die Garantin der Demokratie?

Nicht die Nation, sondern der Nationalstaat. Die Art von Demokratie, die ich meine, gibt es nur in Staaten, und die einzigen Staaten, die es gibt, sind Nationalstaaten – mehr oder weniger.

Wolfgang Streeck



Wolfgang Streeck, 70, war von 1995 bis 2014 Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Früh kritisierte er den Euro aus einer linken Position. Der Soziologieprofessor trat nach langer Mitgliedschaft aus der SPD aus, weil diese Thilo Sarrazin nicht ausschliessen mochte.

Man könnte die Demokratie doch auch auf eine überstaatliche Stufe heben. Angela Merkel und Emmanuel Macron – beide demokratisch legitimiert – wollen die EU reparieren und den Euro stabilisieren.

Es wird wahrscheinlich nichts dabei herauskommen. Die Interessen von Frankreich und Deutschland in Bezug auf den Euro sind so unterschiedlich, dass abgesehen von symbolischer Politik zur Rettung des politischen Kapitals der beteiligten Regierungen nicht viel geht. Nehmen Sie den europäischen Finanzminister. Für die Deutschen ist das jemand, der darauf achtet, dass die Sparpläne eingehalten werden. Für die Franzosen hingegen ist das einer, der ein Budget hat für Investitionen in Frankreich, die bei Einhaltung der Defizitgrenzen nicht zu finanzieren wären. Solche Investitionen möchten die Italiener dann aber auch, ebenso die Griechen und die Portugiesen.

Genau deshalb müsste man doch die Nationen überwinden.

Was heisst überwinden? Gegen den Willen ihrer Bürger? Und was soll an ihre Stelle treten? Wir sollten den Nationalstaat als Ort von Demokratie nicht abschaffen wollen, bevor wir einen Ersatz haben. Jeder Versuch, Europa unter eine einheitliche Regierung zu bringen, führt zur Spaltung. Schauen Sie sich das dramatisch schlechte Verhältnis zwischen den Euro-Ländern im Norden und im Mittelmeerraum an. Europa von Hammerfest bis Palermo unter einer Regierung ginge nur als Technokratie, abgelöst von den Vorstellungswelten seiner Bürger, regiert von moralisch sich überhebenden Besserwissern. Es wäre eine politische Gemeinschaft ohne gemeinsame Sprache, ohne gemeinsame Traditionen, ohne ein gemeinsames Verständnis von Problemen und Lösungen – ein Kopf- und Kunstprodukt.

Sie als Linker vertreten die Idee des Nationalstaates? Wollen Sie zurück ins 19. Jahrhundert?

Was für eine Rhetorik! Der Nationalstaat ist kein Rückschritt, sondern ein Fortschritt. Die Zahl der Nationalstaaten wächst ständig. Es gibt heute etwa 200 davon. Als die Uno gegründet wurde, nach dem Zweiten Weltkrieg, waren es nicht mehr als 60. Der demokratisierbare Nationalstaat scheint ein Erfolgsmodell zu sein. Interessanterweise sind viele Staaten klein; die mittlere Einwohnerzahl liegt bei 17 Millionen. Es scheint also eine gewisse Präferenz für Homogenität zu geben – je kleiner eine Gesellschaft, umso homogener ist sie in der Regel. Der Nationalstaat als politische Organisation ermöglicht es, regional fundierte Interessen ansässiger Bevölkerungen in der Welt zu vertreten. Das muss nicht durch Gewalt geschehen. Die Welt der westeuropäischen Nationalstaaten ist seit sieben Jahrzehnten befriedet.

Wie können denn Nationalstaaten die Interessen ihrer Bevölkerung in einer globalen Ökonomie vertreten?

Dadurch, dass man mit einer klugen Wirtschaftspolitik für seine Bevölkerung einen Platz im Weltmarkt sucht, an dem sie gut leben kann. Dazu muss man sich nicht unbedingt auf das Beherbergen unversteuerter Vermögen spezialisieren. Nehmen Sie ein Land wie Dänemark, das mit Design, Consulting und Logistik für sich eine friedliche Nische gefunden hat. Ihre Währung haben die Dänen an den Euro gebunden, können das Band aber immer noch verlassen, wenn das Probleme macht. Nationalstaatliche Souveränität in gemäßigter und klug eingesetzter Form kann in der globalisierten Welt ein nützliches Instrument sein.

Sie haben gesagt, die plebejische Dimension der Demokratie – andere nennen es Populismus – entfalte reale Wirkung. Wo und wie?

Selbst jemand wie Macron, ein Bankier und Technokrat, muss zur Kenntnis nehmen, dass es nur ein paar Prozentpunkte waren, die verhindert haben, dass der zweite Wahlgang zwischen den Populisten

Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon stattfand. Dass er als Erstes die fehlende soziale Dimension der EU beklagt hat, könnte bedeuten, dass bestimmte Signale angekommen sind.

Nationale Demokratien vermögen also in der EU mehr zu ändern, als man meint?

Die einseitige, sehr innenpolitisch motivierte Grenzöffnungspolitik der Regierung Merkel, mit ihren für die Europäische Union zerstörerischen Wirkungen, wäre womöglich noch eine Zeitlang weitergegangen, wenn die AfD nicht in den Landtagswahlen im Frühjahr 2016 zugelegt hätte. Ohne die deutsche Immigrationspolitik im zweiten Halbjahr 2015 wäre die Brexit-Abstimmung sehr wahrscheinlich anders ausgegangen; es ging ja nur um wenige Prozentpunkte.

Das Konzept der Nation steht in Deutschland besonders unter Verdacht. Träumen die Deutschen mehr als andere von der grenzenlosen Gesellschaft?

Das könnte so sein. Nirgends scheint die Sehnsucht nach Grenzenlosigkeit so verbreitet wie in Deutschland, auch wenn es sich tatsächlich nur um neoliberale Grenzenlosigkeit handelt. Das hat wohl auch damit zu tun, dass man die Nationalgeschichte loswerden will. Man hofft, künftig den deutschen durch einen europäischen Nationalismus ersetzen zu können.

Damit die EU überleben kann, muss sie entweder näher zusammen- oder weiter auseinanderrücken. Was wäre besser?

Wir brauchen weniger EU. Ich könnte mir vorstellen, dass die EU künftig als Plattform für unterschiedliche Formen freiwilliger Kooperation zwischen den europäischen Nationen dient. Vor allem dürfte eine künftige Europäische Union nicht wie die derzeitige durch und durch reguliert sein, was sie heute praktisch unreformierbar macht. Gegenwärtig sind Änderungen der Verträge oder Korrekturen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes so gut wie unmöglich. Das gehört für mich zu den schwerwiegendsten demokratischen Defiziten der Europäischen Union.

Wie lange wird die Union noch bestehen?

Die EU wird es in zwanzig Jahren in ihrer heutigen Form nicht mehr geben. Aber für was würde das nicht gelten? Auch den Euro wird es so nicht mehr geben. Zusammenarbeit schon, freiwillige Koordinierung, gegenseitigen Respekt, und hoffentlich mehr davon; natürlich werden wir die einheitliche Spurweite der Eisenbahnen in Europa beibehalten, und vielleicht wird man sogar aus der Schweiz heraus mit dem Mobiltelefon zu Hause anrufen können, ohne dafür ein Vermögen bezahlen zu müssen. Aber die technokratische europäische Regierung von oben hat schon lange aufgehört zu funktionieren, was beispielsweise der Euro zeigt. Auch wenn ihre Funktionäre das partout nicht wahrhaben wollen.

Sie haben einmal gesagt, das grösste Problem der Europäischen Union sei die Gebetsstarre, in welche die Leute verfallen, wenn sie das Wort EU hören.

Absolut. Ich glaube, dass für viele in der Mittelschicht Europa zum Gegenstand einer Zivilreligion geworden ist. Wenn man sieht, dass der moderne Kapitalismus vor ungeheuren Schwierigkeiten steht – Superverschuldung, zunehmende Ungleichheit, abnehmendes Wachstum, Umweltprobleme –, kann man nicht so tun, als ob die europäischen Probleme in der nationalstaatlichen Organisation der europäischen Politik bestünden. Nicht wenige scheinen zu glauben, mithilfe eines Superstaats, der allerdings vom Himmel fallen müsste, den Fundamentalproblemen des globalen Kapitalismus entkommen zu können. Das kommt einer Religion schon sehr nah.

Sind nationale Demokratien für Sie ein Mittel gegen den Kapitalismus? So wie etwa für die belgische Politologin Chantal Mouffe, die einmal gesagt hat: «Der Hauptfeind des Neoliberalismus ist die Souveränität des Volkes.»

Ja, da ist was dran.

Das könnte aber auch von Marine Le Pen stammen?

Ich kann mir ja nicht verbieten, das zu vertreten, was ich nach harter Nachdenkarbeit für richtig halte, nur weil jemand anders, den ich nicht leiden kann, das auch vertritt. Politiker sind Leute, die aus dem

Ideenumfeld ihrer Gesellschaft herausklauben, was ihnen ins Zeug passt. Der Front national war antisemitisch und neoliberal, jetzt ist er angeblich nicht mehr antisemitisch und verteidigt den Sozialstaat. Soll ich deshalb aufhören, Rassismus zu verabscheuen und für eine demokratisch-egalitäre Politik einzutreten? Der Neoliberalismus ist die gegenwärtige Ideologie der amerikanischen Globalpolitik. Im Verhältnis zu dieser und ihrem Expansionsdrang kann nationale Souveränität ein nützliches Verteidigungsinstrument sein, das man nicht schlechtreden sollte.
